



Luisa Boos FOTO: BZ

## Luisa Boos neue „Generalin“ der Landes-SPD?

Designierte Vorsitzende Breymaier bildet ihr Team

STUTTGART (BZ/dpa). Die frühere Vize-Landeschefin der Jusos, Luisa Boos aus Sexau, ist als neue Generalsekretärin der Landes-SPD im Gespräch. Die designierte Vorsitzende Leni Breymaier will Boos als Nachfolgerin von Katja Mast vorschlagen, die das Amt im Herbst aufgibt. Das meldet dpa. An Boos regt sich aber Kritik – manche stellen ihre fachliche Eignung für den Posten infrage. Der SPD-Landesvorstand will am Samstag bei einer Sitzung in Stuttgart über Personalien reden. Luisa Boos (31), alleinerziehende Mutter eines Sohnes, ist Vizevorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen im Südwesten (ASF). Wie Breymaier gilt sie als linke Sozialdemokratin. Noch im Fluss ist auch die Besetzung der vier Vizeparteiheads. So tritt Peter Friedrich nicht wieder an. Die neue Führungsspitze um die bisherige Verdi-Landeschefin Breymaier soll beim Parteitag im Oktober neu gewählt werden. SPD-Fraktionschef Andreas Stoch hatte jüngst deutlich gemacht, dass er auch die Landtagsfraktion berücksichtigt sehen will.

Der bisherige Landeschef Nils Schmid hatte seinen Rückzug angekündigt, um eine personelle Erneuerung der Partei nach der desolaten Niederlage bei der Landtagswahl zu ermöglichen. Die SPD hatte im März nur 12,7 Prozent eingefahren.

## Ministerin will nicht bei Schulpsychologen sparen

STUTTGART (dpa). Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) sieht von Stellenstreichungen bei den Schulpsychologen ab. Da diese Experten wichtig seien für Krisenprävention und -bearbeitung, würden 28 Stellen bei den staatlichen Schulämtern, deren Wegfall erwogen worden sei, gesichert. Die Mittel müssten an anderer Stelle eingespart werden, sagte eine Sprecherin des Ministeriums.

## MENSCHEN

### 1,5 Millionen Euro für Juniorprofessorin

Jennifer Andexer, Juniorprofessorin an der Universität Freiburg, kann in den nächsten fünf Jahren 1,5 Millionen Euro für ihre Forschung an Enzymen ausgeben. Die Biochemikerin, seit 2011 am Freiburger Institut für Pharmazeutische und Medizinische Chemie, erhält diesen Betrag – ein sogenannter Starting Grant – vom Europäischen Forschungsrat. Andexer will Verfahren entwickeln, mit denen sich bestimmte Enzyme aus natürlichen Organismen effizienter als bisher in der Biotechnologie anwenden lassen. Diese Forschungen dienen der Herstellung von Medikamenten oder der von Aromastoffen für die Lebensmittelindustrie. BZ



Andexer

# Bahn will mit Tempo 250 fahren

Neue Rheintalstrecke soll die Fahrzeit von Basel nach Karlsruhe um 20 Minuten verkürzen / Für Lärmschutz nicht entscheidend

Von Franz Schmider

FREIBURG. Die Bahn will das Tempo erhöhen, mit dem sie künftig durchs Rheintal fährt. Zwischen Mannheim und Basel soll im Fernverkehr überwiegend mit 250 Stundenkilometern gefahren werden. Die Planer stellten ihr Konzept am Donnerstag im Verkehrsministerium in Stuttgart den Vertretern der Region vor. Die Bürgerinitiativen kritisieren die Strategie.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der Rheintalbahn auf vier Gleise stand in der Vergangenheit der Güterverkehr im Zentrum, denn von diesem geht der meiste Lärm aus. Um die Belastung zu begrenzen, wurde die Tieflage der Trasse im Markgräflerland beschlossen, dazu der Offenburger Tunnel und die Verlegung der Trasse von Offenburg bis Riegel neben die Autobahn, zudem wurde ein Vollschutz versprochen. Das bedeutet: Die Lärmgrenzwerte werden eingehalten, ohne dass zum Beispiel Schallschutzfenster eingebaut werden müssen.

Nun rückt ein zweiter Aspekt in den Vordergrund der Planung, er bezieht sich auf die rund 60 Fernverkehrszüge, die hier täglich neben den 60 Zügen im Nahverkehr und den 180 bis 200 Güterzügen fahren. Die Bahn sieht sich durch die Vorgaben des Bundesverkehrswegeplanes gebunden, die Strecke so zu bauen, dass Tempo 250 gefahren werden kann. Das erfordert zum Beispiel größere Kurvenradien und wegen der Druckwellen stärkere Lärmschutzwände. Daher ist im Bereich der Freiburger Bucht (Riegel bis Buggingen) schnelleres Fahren gar nicht möglich, denn die Züge fahren auf der bereits bestehenden Strecke durch Freiburg, Änderungen an der Trasse sind unmöglich.

Zudem muss berücksichtigt werden, dass es wegen der höheren Geschwindigkeitsdifferenz zwischen Nah- und Fernverkehr zu mehr Überholvorgängen kommt, deshalb sind auf mehr Abschnitten vier Gleise für den Personenverkehr nötig – dies betrifft in erster Linie den Ab-

schnitt Offenburg–Riegel. Und: Bei Tempo 250 und Neubaustrecken müssen die Gleise 4,50 Meter Abstand haben, bei Bestandsstrecken und bei Höchstgeschwindigkeit 230 Stundenkilometer sind nur vier Meter erforderlich.

„Durch die Verabredungen im Projektbeirat hat sich viel verändert an dem Projekt“, sagt Projektmanager Christoph Kenert, „aber das Ziel 250 ist geblieben.“ Dies sei indes kein Selbstzweck und nicht allein eine Vorgabe des Verkehrswegeplanes, „die Bahn will das auch“. Dass die künftigen ICE-4-Züge auf diese Geschwindigkeit ausgelegt sind, sieht Kleinert als Bestätigung der Strategie. Und die heißt: Die Reisezeit zwischen den beiden Bahnknotenpunkten Basel und Karlsruhe – und damit zugleich Mannheim – verkürzt sich um eine halbe Stunde. Das würde es ermöglichen, Umsteigebeziehungen in Mannheim und Basel SBB herzustellen und einen festen Takt zu fahren. Konkret sollen die Züge von Karlsruhe nach Basel nicht mehr zwischen 91 und 96 Minuten unterwegs sein, sondern maximal 73 Minuten.

Die Bürgerinitiativen in der Region, die sich im Dachverband „IG Bohr“ zusammengeschlossen haben, stehen den Überlegungen skeptisch gegenüber. „Für mich als Kunde ist Zuverlässigkeit viel wichtiger als Geschwindigkeit“, sagt IG-Bohr-Sprecher Roland Diehl. „Warum soll ich mit aller Gewalt eine halbe Stunde früher in Basel sein?“, fragt er. Entscheidend sei die effektive Reisezeit, nicht die Geschwindigkeit. Und ein Fahrplan, der knapp kalkuliert ist, der bei jeder Baustelle ins Wanken gerät, der aus den Fugen einer Tür zwei Gruppen aus-beziehungsweise einsteigen, der ist verspätungsanfällig und mithin unzuverlässig. „Wir kennen die zusätzlichen Kosten, die mit dem Konzept verbunden sind, wir kennen aber nicht den Nutzen.“

Dem hält Kenert entgegen, dass gerade bei der Kosten-Nutzen-Bewertung der Reisezeitgewinn und der damit verbundene volkswirtschaftliche Nutzen erheblich ins Gewicht fällt.



Dank neuer Gleise die Fahrzeiten verkürzen – Simulation der Neubaustrecke bei Weil am Rhein FOTO: DB

Diehl vermisst außerdem, dass das in Basel geplante Konzept eines „Herzstücks“, einer direkten Bahnverbindung zwischen dem Badischen Bahnhof und dem Bahnhof SBB mit einem Tunnel unter dem Rhein nicht berücksichtigt sei. Das eröffne auch die Möglichkeit, in Basel nur noch einen Halt anzufahren, was viel Zeit spare – und manche Baumaßnahme überflüssig mache. Das gesparte Geld ließe sich etwa in die Tieflage bei Müllheim/Auggen investieren. Das hatte der Projektbeirat abgelehnt, weil die Kosten von 280 Millionen Euro zu hoch seien.

Das Verkehrsministerium in Stuttgart machte am Donnerstag noch einmal deutlich, dass man den Projektbeiratsbeschluss nicht noch einmal aufschürfen. „Die Verbesserungen beim Ausbau der

Rheintalbahn sind im Projektbeirat einstimmig unter Einbeziehung der Vertreterinnen und Vertreter der Region und der Bürgerinitiativen beschlossen worden“, erklärte eine Ministeriumssprecherin am Abend. „Damit konnten zentrale Forderungen aus der Region erfüllt werden.“ Langsamere Züge würden im Bereich Müllheim auch keine Entlastung bringen, da der Lärm dort in erster Linie von den Güterzügen ausgehe. Dennoch verständigten sich die Teilnehmer des Gesprächs darauf, ein neues Schallgutachten erstellen zu lassen, das die für 2030 prognostizierten Zugzahlen zugrunde legt. Das Land betont zudem, dass die Zuständigkeit für den Ausbau beim Bund liege. Nur der Bund könne auch die Vorgabe in Sachen Tempo ändern.

# Schlaglichter auf eine undurchsichtige Branche

In Konstanz hat der Prozess gegen Security-Leute begonnen, die hinter dem Handgranatenwurf auf die BEA Villingen stecken sollen

Von Patrik Müller

KONSTANZ. Eine Handgranate, viele Fragen: Vor dem Konstanzer Landgericht hat am Donnerstag der Prozess gegen sechs Männer begonnen, die hinter der Attacke mit der Kriegswaffe auf das Gelände einer Flüchtlingsunterkunft in Villingen in der Nacht zum 29. Januar stecken sollen. Die Ermittler – und eine geschockte Öffentlichkeit – vermuteten zunächst Fremdenfeindlichkeit als Motiv. Bald aber deutete alles auf einen Konkurrenzkampf zweier Sicherheitsfirmen hin. Der Staatsanwalt spricht von versuchtem Mord. Die Mehrzahl der Angeklagten schweigt, dennoch könnte der Prozess Einblicke in eine undurchsichtige Branche erlauben.

Die sechs Männer auf der Anklagebank sind zwischen 38 und 23 Jahren alt. Der Älteste, Sergej D., trägt ein schwarzes Hemd und ein Sakko, die Haare hat er an den Seiten abrasiert. Er soll laut Anklage zu den Auftraggebern des Anschlags gehören. Sergej B., einer der jüngeren Angeklagten, hat die Unterarme eines Gewichthebers, ein großes Tattoo lugt unter dem engen T-Shirt hervor. Die beiden Männer, erklären ihre Anwälte zu Beginn der Verhandlung, werden sich zunächst nicht zu den Vorwürfen äußern. So wie Aleksandr W., der in der Sicherheitsfirma

für die Finanzen zuständig gewesen sein soll und mit einem Audi 8, einem Oberklassewagen, auf der Baar unterwegs war, bevor die Polizei ihn verhaftete.

Der 24-jährige Nick F. dagegen sagt aus, bis auf Weiteres. Er fuhr einen Kleinwagen, einen Seat. Sein Auto war es, das am Tatort gesehen wurde. Es war auch seine Granate, die auf den Wachcontainer in der „Bedarfsorientierten Erstaufnahme-



Die Handgranate (Modell) FOTO: DPA

stelle“ (BEA) geworfen wurde. Die Wachmänner dort hörten ein Geräusch, mitten in der Nacht, einer von ihnen hob die Granate vom Boden auf und ließ sie vor Schreck wieder fallen. Nachdem die Wachleute Alarm schlugen, rückten Kampfmittelbeseitiger an, vergruben die aus jugoslawischer Produktion stammende Granate vom Typ M 52 in einem Loch unter einem 400-Kilo-Strohballen und

ließen sie kontrolliert explodieren. „Sie war nicht scharf“, behauptet Nick F.

Doch darin widerspricht der Angeklagte sich mehrfach. Jeder mit ein bisschen Ahnung, sagt er, habe auf den ersten Blick erkennen können, dass die Granate ungefährlich sei. Er selbst habe sie mit der Rohrzange aufgeschraubt. Als Dekoration habe er sie sich besorgt, wollte sie unter Glas ausstellen. Dann mutmaßt er, die Granate habe nur explodieren können, wenn man sie ins Feuer wirft. Später wiederum versichert er: „Die kannst du ins Feuer schmeißen, da passiert nichts.“

„Den anderen habe ich gesagt, sie ist scharf“, so Nick F. Die anderen, das sind Sergej B., der Gewichtheber, und Anton G., der Jüngste. G. soll die Granate geworfen, B. soll ihn überredet haben. Es soll Geld geflossen sein: 3000 Euro für den Anstifter, 1000 Euro für den Werfer. Aleksandr W., der Finanzchef, soll im Januar 2017 genau 4000 Euro von der Kreissparkasse abgehoben haben. Das Motiv? Laut Anklage wollten die Männer zeigen, dass die andere Sicherheitsfirma nicht in der Lage sei, die Unterkunft zu bewachen – und einem ehemaligen Geschäftspartner eins auswischen, der die Firma gewechselt hat. „Eine linke Bazille“, sagt Nick F.

Es ging um viel Geld, innerhalb weniger Monate flossen für die Bewachung der Unterkunft rund 200000 Euro Staats-

geld. Doch die Finanzgeschäfte der Firma sind verworren und beschäftigten derzeit eine „Ermittlungsgruppe Rubel“. Die Chefs sollen vom Regierungspräsidium Freiburg 18,90 Euro pro Mann und Stunde erhalten haben, aber nur zehn Euro an ihre Mitarbeiter bezahlt haben. Sergej D., der Chef, hatte kein eigenes Konto und fuhr einen Mercedes-Geländewagen. Die meisten Angeklagten sind vorbestraft.

Der Fall wirft ein Schlaglicht auf eine undurchsichtige Branche. Und im Regierungspräsidium löste er damals Hektik aus. Die Behörde kündigte in den Tagen darauf einige Verträge mit Firmen fristlos und versprach, ihre Sicherheitsunternehmen künftig stärker zu kontrollieren – und Zuverlässigkeitsbescheinigungen oder Führungszeugnisse anzufordern.

Der sechste Angeklagte redet. Alexander T., 25 Jahre. Auch er arbeitete schon als Türsteher. Er saß im Auto, als Mitangeklagte einen früheren Versuch abbrachten, weil sie fürchteten, entdeckt werden zu sein. „Ich habe es nicht geschafft, etwas zu sagen. Ich war zu schockiert“, erzählt er. Vom späteren Versuch erfuhr er dann durch die Medien, wie er erzählt. „Ich habe mir gleich gedacht“, sagt er, „dass die was damit zu tun haben.“

Der Prozess soll am 29. September fortgesetzt werden, ein Urteil könnte am 7. Oktober fallen.